

26.10.2010 – PM 73/2010

Ausbildungspakt

IG BAU fordert klares Bekenntnis zur dreijährigen Regelausbildung

Frankfurt am Main - Die Bundesregierung hat sich von der Wirtschaftslobby einen so genannten Ausbildungspakt aufzwingen lassen, der diesen Namen nicht verdient, kritisiert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt die jetzt getroffene Vereinbarung. „Die Interessen junger Menschen werden kaum berücksichtigt“, sagte Andreas Steppuhn, zuständiges IG BAU Bundesvorstandsmitglied für Berufsbildung. Ein nach monatelangen Verhandlungen endlich zum Greifen nahes Ergebnis haben die Arbeitgeber in letzter Minute abgelehnt und auf die Durchsetzung ihrer Positionen beharrt. Das beinhaltet geschönte Ausbildungsbilanzen, in denen Jugendliche in Warteschleifen wie Praktika einfach weggemogelt werden. Zudem sollen Schutzbestimmungen zu Gunsten junger Menschen ausgehöhlt und schließlich auch noch Schmalspur-Ausbildungen festgeschrieben werden.

„Einen Pakt auf Kosten der Jugendlichen wird es mit der IG BAU nicht geben“, begründete Steppuhn das Scheitern der Gespräche. „Die Gewerkschaften mussten die Notbremse ziehen.“ Aus Sicht der IG BAU muss eine ehrliche Pakt-Bilanz Altbewerber und Jugendliche des Übergangssystems ausweisen. „Dieser Schritt ist überfällig“, betonte der Bildungsexperte. Zudem brauchten junge Menschen eine solide Basis für den Einstieg ins Berufsleben. „Schmalspur-Lehren und zweijährige Berufsausbildungen sind dazu der falsche Weg“, betonte er.

Dass es auch anders geht, zeigt die umlagefinanzierte Stufenausbildung in der Bauwirtschaft. „Hier haben alle Jugendlichen eine echte Chance“, sagte Steppuhn. „Wir fordern die Bundesregierung und die Wirtschaft auf, sich ohne Wenn und Aber für eine dreijährige Regelausbildung auszusprechen.“

(1662 Zeichen)